

„Deutschlands Wirtschaft braucht die Zuwanderer“

Staatssekretär Weber besuchte das IMIS-Institut der Uni

„Wenn wir den Wirtschaftsstandort Deutschland propagieren, um Wirtschaftskraft in unser Land zu locken, können wir nicht sagen: Unternehmen wollen wir aufnehmen, Menschen aber nicht.“ So skizzierte Staatssekretär Dr. Wolf Weber am Dienstag bei seinem Besuch der Universität eine der politischen Überzeugungen der Landesregierung.

Weber, der den verhinderten Ministerpräsident Gerhard Schröder vertrat, besuchte das Uni-Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS). Die Politik, sagte der Staatssekretär, brauche die Hilfe der Wissenschaft. Es gebe kein Thema, das „mit so furchtbar vielen Fehlurteilen“ behaftet ist, wie das Thema Migration. Wissenschaftler, wie sie im Osnabrücker IMIS-Institut arbeiten, könnten der Politik Analysen und Problembeschreibungen liefern, die diese für ihre Ent-

scheidungen benötigt.

Die Politik, so Weber, müsse unabhängig von aktuellen Ereignissen zu erfahren suchen, warum Menschen in großer Zahl ihre Heimat verlassen. Die großen Wanderungsbewegungen nach Westeuropa und innerhalb Westeuropas „werden mitentscheiden, wie unsere Gesellschaft in zwanzig Jahren aussieht“, sagte er.

Weber nannte „durchaus plausibel“, was Prof. Dr. Klaus J. Bade vom IMIS-Institut seit Jahren erklärt, daß nämlich Deutschland im kommenden Jahrhundert, allein schon um seine Wirtschaftskraft nicht zu gefährden, Hunderttausende von Zuwanderern benötige. Bade sagte dazu am Dienstag, seine Prognose gelte uneingeschränkt trotz der aktuellen Situation am Arbeitsmarkt. Damit die künftigen Wanderungen („auch Unternehmen und Kapital wandern“) nicht unkontrolliert verlaufen, „müs-

sen wir jetzt steuern“, forderte der Osnabrücker Historiker.

Weber warnte davor, sich vor den notwendigen Entscheidungen zu drücken. „Steuern können wir den Prozeß nur mit gesetzlichen Regelungen, die der Bevölkerung klar und deutlich sagen – auch mit konkreten Zahlen – wohin die Entwicklung läuft“, betonte er. Zwar seien die erforderlichen Regelungen in erster Linie Aufgabe der Bundesregierung, aber „in solchen Kernfragen darf ein Bundesland sich nicht drücken“. Die SPD-geführte Landesregierung habe in letzter Zeit mehrfach und unmißverständlich gesagt, wie sie mit dem Komplex Zuwanderung und Binnenwanderung umzugehen gedenke; die Hilfe der Wissenschaft sei aber unentbehrlich, deswegen habe sich das Land erfolgreich darum bemüht, Klaus J. Bade davon abzuhalten, in ein anderes Bundesland zu wechseln.

(Zi)